
FORUM: Vergangenheitsbewältigung

Günter Simon: Mehr Holzhammer als „scharfes Schwert“ Die Zeitung des FDGB im System der SED-Agitation

Günter Simon, geb. 1933 in Großbaudis, Journalist, war von 1956 bis 1991 Redakteur des FDGB-Zentralorgans, von 1981 bis 1989 Chefredakteur.

Im Vorzimmer der Pressefreiheit

Am 23. September 1991 erschien zum letzten Mal die Tageszeitung „Tribüne“, das ehemalige Organ des Bundesvorstandes des FDGB. Diese Nummer 184 des 47. Jahrgangs kündigte auf ihrer Titelseite Artikel der kommenden Ausgabe an, und es fehlten Abschiedsworte an den Leser, was ein stürmisches Ende signalisiert. Die Redaktion, die sich Ende Januar 1991 vom alten Verlag getrennt hatte, lag mit dem neuen Besitzer im Streit, einem Bauunternehmer, der die Gehälter der Journalisten nicht mehr bezahlen konnte.

Damit waren die Bemühungen gescheitert, sich aus den Strudeln zu retten, die der Untergang des Gewerkschaftsbundes der ehemaligen DDR erzeugt hatte. Es ging der Zeitung nicht besser als den anderen „zentralen Organen“ jenes Mediensystems, das die Herrschaft der SED stützen sollte. Obwohl die „Tribüne“ nur eine Fußnote in der deutschen Mediengeschichte bleiben wird, wirft ihr Leben und Sterben ein Licht auf wesentliche Seiten der Medien- und Gewerkschaftspolitik der gescheiterten DDR.

Im Herbst der Wende hämmerte die Zeitung am 10. Oktober 1989, nach den hohlen Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR mit der Schlagzeile: „Optimismus und Stolz auf das Erreichte prägten die Jubiläumsfeiern“, obwohl die Redakteure längst wußten, wie verlogen der Text war. Sie hatten Artikel vorbereitet, die vorsichtig Kritik an der offiziellen Stumpfheit artikulieren sollten. Die Zeitung kam am nächsten Tag mit der Kolumne eines Berliner Vertrauensmannes heraus, der schrieb: „Wir müssen aufpassen, daß wir uns nicht mit Gegebenheiten abfinden.“ Er kritisierte das Schweigen der SED-Führung zu den zehntausenden Ausreisenden und warnte: „Uns bewegt alles, was in dieser Zeit geschieht.“

Diese Äußerung war der Auftakt zu einer Serie von Standpunkten, die eine andere Politik verlangten. Der FDGB-Vorsitzende Harry Tisch versuchte, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und ließ nach wenigen Tagen eine „Ant-

wort auf Fragen von Gewerkschaftern" drucken: „Wir werden die aufgeworfenen Fragen als Interessenvertreter der Arbeiterklasse beantworten und sie lösen helfen ... Widersprüche dürfen nicht zugedeckt, sie müssen in geeigneter Weise produktiv gemacht werden.“ Er ging in Betriebe und forderte die Gewerkschafter auf, Rückgrat zu zeigen und Widerstand gegen unsinnige Entscheidungen von „oben“ zu leisten. Die „Tribüne“ veröffentlichte seine Appelle. Einer trug die Überschrift „Echte gewerkschaftliche Positionen - das zählt jetzt.“ Tisch hatte sich den Text nach Wandlitz kommen lassen und ihn absegnet. Seine Verblüffung war grenzenlos, als diese Ermahnungen mit einem Sturm der Empörung beantwortet wurden. Tausende riefen in der Redaktion an und schrieben Briefe, sie fühlten sich von Tisch verhöhnt, der bis dato mit allen Mitteln verhindert hatte, eine eigenständige gewerkschaftliche Position zu finden. Die Entrüstung schüttelte alle Gliederungen des FDGB. Am 2. November wählte der Bundesvorstand des FDGB Tisch ab. Seinen Politbüro-Kollegen in Wandlitz berichtete er, die „Tribüne“ habe ihn gestürzt.

So geschmeichelt sich die Mitarbeiter der Zeitung hätten fühlen können, sie wußten es besser. Buchstäblich bis zur letzten Minute hatte Tisch seine Rolle als Sachwalter der SED-Führung im Stile eines absoluten Fürsten gespielt. In die „Erste Stellungnahme des Bundesvorstandes“ als „einheitliche, unabhängige und freie Gewerkschaft“ vom 30. Oktober 1989 schrieb er die stereotype Floskel „... in Auswertung der 9. Tagung des ZK der SED“ hinein. Selbst zu diesem Zeitpunkt hatte er nicht begriffen, was die Gewerkschafter wollten. Was war geschehen? In der „Tribüne“ wie in den Medien überhaupt zeigten sich die inneren Widersprüche der SED-Herrschaft gebündelt. Deren Macht enthüllte sich als Ohnmacht vor der Wahrheit. Die Unfreiheit der Medien vergrößerte den Graben zwischen Volk und Führung und wurde als massenhafte Erfahrung schließlich zum Treibsatz der Wende. Mit dem Oktober 1989 hatte auch die „Tribüne“ das Vorzimmer der Pressefreiheit betreten, eine völlig neue Erfahrung für ihre Mitarbeiter.

Zwischen leninistischem Auftrag und stalinistischer Praxis

Ein Oktober war auch der Geburtsmonat der Zeitung. Es war der 9. Oktober 1945, als in Berlin zum erstenmal „Die freie Gewerkschaft“ herauskam, eine gewerkschaftliche Zeitung für Berlin. Später kam eine Ausgabe für die sowjetische Besatzungszone hinzu. Ab 1. Januar 1947 wurde der Titel „Tribüne“ für die einheitliche Tageszeitung der Gewerkschaften in der SBZ verwendet. Günter Schabowski, der spätere Berliner SED-Chef und „Maueröffner“, der zwanzig Jahre Redakteur der Zeitung gewesen war, beschrieb die Atmosphäre jener Anfangsjahre: „Die stalinistischen Neurosen hatten sich noch nicht ausgebreitet. Im alltäglichen Umgang mit unseren erfahrenen politischen Gefährten verspürten wir nichts von der ideologischen Bigotterie, die wir Anfang der fünfziger Jahre kennenlernen sollten und der wir uns später selbst schuldig machten.“¹ Natürlich diente bereits damals die sowjetische Gewerk-

¹ G. Schabowski, Der Absturz, Berlin 1991.

schaftszeitung „Trud“ als Modell für die „Tribüne“, erst recht seit Ende der vierziger Jahre, als die Besatzungsmacht scharfen Kurs auf die Sowjetisierung ihrer Zone nahm.

Die stalinistischen Neurosen in bezug auf die Gewerkschaften machten auch bald der „Tribüne“ zu schaffen. Nach Lenin sollten sich die Gewerkschaften, auch und gerade im Übergang zum Sozialismus „für den wirklichen und allseitigen Schutz der Interessen der Arbeitermassen“ einsetzen. Sie sollten dabei nicht als Helfershelfer der Partei wirken. „Von den Gewerkschaftsmitgliedern darf man auf keinen Fall fordern, daß sie bestimmte politische Ansichten vertreten“, weil „die Gewerkschaften parteilos sein sollen.“² Diese „Schutzfunktion“ war jahrzehntelang tabu für den FDGB und die Zeitung. Die entsprechenden *Zitate* waren zwar Pflichtlektüre für alle Funktionäre, doch wehe, der leninsche Grundsatz wurde ernstgenommen. Es galt nur die stalinistische Praxis, den Gewerkschaften jede Selbständigkeit zu nehmen und sie dem Partei- und Staatsapparat unterzuordnen mit der einzigen Aufgabe, die Werktätigen für die Erfüllung der Staatspläne zu mobilisieren.

Leitungen ganzer Gewerkschaften wurden „ausgewechselt“, wenn sie nach Lenins Leitsatz operiert hatten, wie zum Beispiel der Vorstand der IG Bau-Holz im Herbst 1953. Partei und Staat seien für das Volk da, niemand brauche vor beiden geschützt zu werden, argumentierten die ideologischen Scharfrichter. Die „Tribüne“ hatte sich zu hüten, allzu forsch Kritik an Fehlern und Mängeln zu üben. Insbesondere der oberste Wirtschaftslenker Mittag, dem die Gewerkschaften laut Geschäftsordnung des ZK der SED unterstanden, verlangte in den achtziger Jahren die gnadenlose Bestrafung jener Redakteure, die das Tabu verletzten. Auch als die Gewerkschaften der UdSSR längst über die Schutzfunktion redeten und sie praktizierten, besonders seit dem Amtsantritt Gorbatschows, klammerte sich die SED-Führung und mit ihr Tisch an das Prinzip Stalins. (Daß die Gewerkschaften der Sowjetunion aber insgesamt gleichfalls von der KPdSU gefesselt waren und blieben, ist auch die Wahrheit.) Zum erstenmal tauchte die These von der Schutzfunktion wieder in einem Grundsatzartikel der stellvertretenden FDGB-Vorsitzenden Johanna Töpfer in der „Tribüne“ im Sommer 1989 auf. Das erregte einigermaßen Aufsehen. Tisch „übersah“ dieses Sakrileg — oder war es ein kühner Vorstoß? — seiner Stellvertreterin.

Das geistige Prokrustesbett aller DDR-Medien lieferte die leninsche Formel, wonach die Presse kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator im Auftrag der Partei sein müsse. Mit dieser Formel wurden alle journalistischen Leistungen gemessen, auch die der „Tribüne“. Sie war die ideologische Dreifaltigkeit, wer nicht an sie glaubte, war nicht geeignet. Die Gewerkschaftsjournalisten waren froh, bei August Bebel eine nationale Variante der Formel gefunden zu haben. In seinem Musterstatut für die Gewerksgenossenschaften von 1868 schlägt Bebel eigene Zeitungen vor, um die Interessen der Gewerk-

² Lenin, Werke, Bd. 33, Berlin (0).

Schäften nachdrücklich zu wahren und „alle Beschlüsse und Anordnungen schnell und bequem den Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen“.³

Natürlich wurde in engen Journalistenkreisen diskutiert, ob diese antiquierten Leitsätze im medialen Zeitalter noch gültig sein dürften. Von der SED-Führung dagegen wurden sie bis zuletzt beschworen. Für die „Tribüne“ galt die Formel sogar bis zu jenem außerordentlichen FDGB-Kongreß Ende Januar 1990, der sein endgültiges Auseinanderfallen einleitete. Nach dem Sturz von Tisch waren die meisten innerorganisatorischen Informationsstränge panikartig gekappt worden, so daß die provisorischen Leitungen alle Papierreserven zusammenkratzen ließen, unter anderem durch die Einstellung der Monatsschrift „Gewerkschaftsleben“, um ihre Botschaften in möglichst hoher Auflage an die Basis zu bringen. In jenen Wochen wurden 480 000 Exemplare täglich gedruckt. Die von der Regierung genehmigte Auflage der „Tribüne“ lag in den letzten Jahren bei 412 000. (Die Einzelgewerkschaften hatten seit langem keine eigenen Zeitungen — bis auf die IG Bau-Holz und die IG Bergbau-Energie.)

Wenn man als langjähriger Redakteur der „Tribüne“ die Beschlüsse und Verlautbarungen der FDGB-Leitung zur Zeitung liest, ist man peinlich berührt und betroffen von der erbarmungslosen Dogmatik, mit der die Einhaltung jener Formel von der „Presse neuen Typs“ erzwungen wurde. In einem Beschluß des Präsidiums des FDGB aus dem Jahre 1958 wird gerügt, daß in der Zeitung die „marxistische Erziehung der Mitglieder, Gewerkschaftsfunktionäre und der breiten Arbeitermassen noch nicht im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit steht. Die Ursache dafür ist, daß lange Zeit der Propaganda des Marxismus-Leninismus ausgewichen wurde“. Vier Jahre später kam vom Sekretariat, der eigentlichen Leitung des FDGB, eine strenge Ermahnung in die gleiche Richtung. Die Zeitung müsse für die Organisation „der schnellste, vielseitigste, kämpferischste und zugleich beharrlichste Helfer im Prozeß der ideologischen Erziehungsarbeit sein, aus dem alle Gewerkschaftsmitglieder als bewußte und siegesgewisse Verfechter der Politik der Partei, als Pioniere der Nation, als glühende Hasser des Imperialismus-Militarismus und als unermüdete und überlegte Kämpfer für die politische und ökonomische Stärkung ihres Arbeiter- und Bauernstaates hervorgehen“. In diesem schrecklichen Stil wird die Zeitung weiter zur „scharfen Waffe der Organisation“ ernannt.

Der letzte Beschluß zur Zeitung aus dem Jahre 1978 unterscheidet sich in keiner Weise von seinen schlimmen Vorgängern. Die wichtigste Aufgabe der Zeitung, so das Präsidium, bestehe darin, „die Werktätigen befähigen zu helfen, bewußt und schöpferisch ihr eigenes Dasein, die entwickelte sozialistische Gesellschaft in der DDR immer vollkommener zu gestalten, so die kommunistische Zukunft vorzubereiten und durch die allseitige Stärkung des Sozialismus in unserer Heimat aktiv den revolutionären Wandel der Welt zu fördern“. Auf dem 11. FDGB-Kongreß 1987 wurde die Erwartung an die Zei-

3 A. Bebel, Über Gewerkschaften, Berlin (O) 1988.

tung in Form einer Mitteilung ausgedrückt: Durch die Vermittlung guter Erfahrungen im sozialistischen Wettbewerb leiste die Zeitung der Organisation eine gute Hilfe, hieß es im Bericht von Tisch.

Keiner der Betroffenen zweifelte daran, daß solche Worthülsen-Kanonaden Übungen ohne größere Bedeutung waren. Die Musik, nach der auch die „Tribüne“ zu tanzen hatte, wurde woanders gemacht, im Zentralkomitee der SED. Bei der zuständigen Abteilung Agitation rangierte sie unter der Rubrik „Massenpresse“, wie auch die Jugendzeitung „Junge Welt“, die „Wochenpost“, der „Sonntag“ und andere, im Unterschied zur Parteipresse, also dem „Neuen Deutschland“ (ND) und den Bezirkszeitungen der SED. Die Zeitungen der Blockparteien wurden über das Presseamt der Regierung gesteuert. Die „Massenpresse“ durfte keineswegs an der langen Leine laufen. Sie konnte sich Abweichungen in der Placierung offizieller Materialien erlauben oder andere typografische Mittel einsetzen - das war auch alles.

Die Quelle der journalistischen Weisheit sprudelte für alle Medien am Dienstag, am Tag der Sitzung des Politbüros. In den letzten Jahren vor der Wende hatte die „Tribüne“ einen Platz in der Agitationskommission bekommen. Dieses Gremium tagte in der Regel am selben Tag. Mitglieder waren die Chefs der Hauptmedien und einige Mitarbeiter des ZK. Geleitet wurde es von Joachim Hermann, Sekretär für Agitation des ZK. Er trug die Notizen vor, die er sich in der Sitzung des Politbüros gemacht hatte, meist schwer verständlich, weil er sich anstrengte, den Honecker-Text zu interpretieren. Eine Diskussion gab es nicht; erst in der Sitzung Mitte Oktober 1989 verlangten einige Mitglieder der Kommission eine Änderung der Medienarbeit. Keiner von ihnen ahnte, daß dies ihre letzte Zusammenkunft sein würde.

Der Chefredakteur der „Tribüne“ hörte einer kürzer gefaßten Politbüro-Botschaft jeden Mittwoch in der Sekretariatssitzung beim FDGB-Bundesvorstand aus dem Mund von Tisch. Donnerstag gab es im ZK die sogenannte Argumentation. An ihr hatten die Chefredakteure aller Berliner Medien teilzunehmen, bis auf die der Blockpresse, die anschließend von Vertretern des Presseamtes ins Bild gesetzt wurden. Der Chefredakteur der „Tribüne“ vernahm hier zum drittenmal die „Linie“ vom Dienstag. An den deckungsgleichen Formulierungen war stets der Generalsekretär der SED zu erkennen. Auch hier wurden nur selten Fragen gestellt. Dies hatten sich die Teilnehmer längst abgewöhnt, da die Honecker-Wahrheiten einfach nicht in Frage zu stellen waren. Gleiches galt für die täglichen telefonischen Hinweise aus der Abteilung Agitation. Mitarbeiter von Hermann riefen am späten Nachmittag an und teilten mit, welche Schwerpunkte das ND am nächsten Tag setzt - dies waren ebenfalls Hinweise von Honecker, die er Hermann diktiert hatte. „Wir wollen euch nur helfen, damit morgen eure Zeitung gut aussieht“, so eine häufig gebrauchte Floskel, je nach Temperament des Anrufers ironisch oder zynisch gemeint. Für die Republik-Ausgabe der „Tribüne“ kam diese „Hilfe“ meist zu spät. So unterschied sie sich auf den vorderen Seiten mitunter erheb-

lieh von der Berliner Ausgabe, die, später gedruckt, mit offiziellen Materialien vollgestopft war. Die Kalamität des frühen Redaktionsschlusses brachte der „Tribüne“ manches Lob von nichtinfirmierten Journalistenkollegen aus den Bezirken ein, die ihren „Mut“ bewunderten, die Honecker-Vorgaben einfach zu ignorieren. Für ihre Blätter kamen die Befehle aus Berlin rechtzeitig.

Agitations-Alltag

Das war, grob skizziert, der Rahmen, in dem sich die Gewerkschaftszeitung zu bewegen hatte. Natürlich drückte auch die Tribüne-Redakteure die Überlegenheit der westlichen elektronischen Medien, die die DDR-Bürger schneller und wirksamer erreichten. Die These von der Parteilichkeit als der höchsten Form der Objektivität tröstete wenig. Die Forderungen der Leser nach echter Information und die der Parteiführung nach größerer „Massenwirksamkeit“ wirkten eher lähmend als mobilisierend. Sie waren die Quadratur des Kreises. Trotzdem gab es einen gewissen Spielraum. Ende der sechziger Jahre versuchte sich die „Tribüne“ vom Geruch eines Mitteilungsblattes der FDGB-Leitungen zu befreien und dehnte ihren Themenkreis aus. Alles, was den Arbeiter und seine Familie bewegt, sollte ins Blatt. Dieses Konzept hatte Erfolg. Die Nachfrage war schließlich größer als die genehmigte Auflage. Es gab auch Versuche, die „schweren“ Materialien, etwa die seitenlangen Reden im ZK der SED, publikumsfreundlicher zu servieren. Eine Ulbricht-Ansprache wurde in Thesen auf einer halben Seite zusammengefaßt. Die Redaktion ging davon aus, daß auf diese Weise der Generalsekretär der SED eine größere Chance hätte, zur Kenntnis genommen zu werden. Nachdem die Zeitung mit diesem Versuch erschienen war, wurde der Chefredakteur dringend zum damaligen FDGB-Vorsitzenden Warnke gerufen. Auf Warnkes Schreibtisch lag ein Exemplar der Zeitung, auf dessen Rand Ulbricht mit großen Buchstaben geschrieben hatte: „Ist diese Berichterstattung ausreichend?“ Warnke war ein Mann der Feder. Er sah die gute Absicht der Redaktion, doch diktierte er gleich einen Brief an Ulbricht mit dem Gelöbnis, dieser Versuch werde nie wiederholt.

Im übrigen war die Steuerung aller Medien unter Ulbricht nur um Nuancen flexibler als unter Honecker. Honecker andererseits lockerte manche Beschränkungen in der Nachrichtengebung. Auch über „sozialistische“ Katastrophen durfte nun ausführlich berichtet werden, etwa Flugzeugabstürze oder Explosionen. Der Bericht über ein Unglück im Gaskombinat Schwarze Pumpe brachte der „Tribüne“ eine schwere Rüge des Vorsitzenden Tisch ein. Der hatte im Auftrag des Politbüros den Katastrophenort besucht. Die ADN-Meldung trug die Überschrift „FDGB-Vorsitzender bei Opfern des Unglücks“. Das ND übernahm den Agenturtext samt Überschrift, „Tribüne“ nur den Text. Tisch war Vorsitzender des Bundesvorstandes des FDGB, als Gewerkschaftsblatt glaubte sie auf diese Feinheit achten zu müssen. Doch Tisch hielt dem Chefredakteur vor: „Du hast wieder eine schlechte Zeitung gemacht! Nimm dir am ND ein Beispiel!“ Es dauerte seine Zeit, bis die Redaktion erfuhr, daß

Honecker selbst der Autor dieser Schlagzeile war und Tisch sich durch sie geädelt fühlte. Protokollsünden ähnlich irrationaler Art waren meist die Anlässe für harsche Kritik von Tisch an der Zeitung. Was die politischen Akzente betraf, wußte er allzu gut, daß sie eine Sache jener Augenblicke waren, die Hermann täglich in der Audienz bei Honecker verbrachte.

Einmal übermittelte Tisch eine Kritik Mittags. Die Zeitung hatte ein Foto aus der Schorfheide mit einer Mufflonherde veröffentlicht. Die Redaktion solle sich hüten, Neugierige in sein Jagdgebiet zu locken, schnaubte Mittag, und Tisch fand das überhaupt nicht lächerlich. (Tisch behauptet in einem Gespräch mit dieser Zeitschrift, erschienen im Heft 10/91, unter seiner Leitung hätten im FDGB alle Fragen diskutiert werden können. Richtig ist, daß Äußerungen gefragt waren, aber nur solche, die mit seinen Auffassungen übereinstimmten. Die Kaderabteilung des Bundesvorstandes hatte viel zu tun, Leute zu entfernen, die konträre Meinungen auch ausgesprochen hatten. So wurden die Bezirksvorsitzenden von Halle und Erfurt, Pieper und Kuron, ohne Federlesens abgelöst. Kritische Diskussionen im Präsidium gab es allenfalls, wenn Tisch nicht anwesend war. Zum erstenmal ließ er eine solche Diskussion im September 1989 zu, als er spürte, wie sich der Wind dreht. Daß jemand von „seiner“ Zeitung ihm widersprechen oder auch nur etwas erklären wollte, war undenkbar.)

Relative Stärken der Gewerkschaftszeitung waren einigermaßen ehrliche Berichte über die Lage in Betrieben. Darin unterschied sie sich von anderen Zeitungen, dem ND beispielsweise. Das waren allerdings nur punktuelle Wahrheiten; tiefergehende Ursachen der Ineffizienz oder Schlamperei berührte auch sie nicht. Über die Kritik in der Zeitung wurde viel gestritten. Sie hatte Rubriken wie „Man wird doch mal fragen dürfen“ und täglich eine Glosse über Unzulänglichkeiten im Alltag und Karikaturen. Die Satire war in der DDR-Presse beinahe ausgestorben. Die „Tribüne“ war stolz auf Glosse und Karikatur, wenn auch der Ärger, den sie mit beidem „oben“ ernetete, sie zahmer werden ließ. Verletzte Eitelkeiten und Unverständnis waren die häufigsten Anlässe, beide Formen zu verurteilen. Mehrmals verlangte Tisch, sie wegzulassen.

Die kritischen Artikel in der Zeitung wurden gern gelesen, offenbar auch von den Aufpassern im ZK der SED. Doch schlimm wurde es, wenn nach einigen Tagen oder Wochen irgendeine westliche Zeitung diese Kritik aufgriff. „Ihr habt dem Feind Munition geliefert“, war der Standard-Vorwurf. Kurios wurde es, wenn sich die Zeitung in kritischen Artikeln auf offizielle Angaben stützte, die, wenn sie vom „Gegner“ aufgegriffen wurden, gleichfalls der Verdammung anheimfielen. So geschah es mit Zahlen über Fehlschichten, die Honecker in einer langen Rede genannt hatte. In einem Kommentar schrieb die Zeitung, die Zahlen benutzend, eine ganze Stadt arbeite nicht. Das wurde im Westen zitiert. Peinliche Anfrage und Kritik aus dem Büro Honecker, woher die Zeitung diese Fakten hätte. Sie gab schadenfroh die Quelle preis, doch die Bestürzung dort war nur kurz. „Die lange Rede liest ja

niemand, aber ihr habt die Sache erst ans Licht gezerrt." Diese Schizophrenie war Agitations-Alltag.

Das nachhaltigste Echo erzielte die Zeitung mit ihren Materialien zum Arbeitsrecht. Diese Artikel waren in der Mehrzahl kritisch in bezug auf Leiter in den Betrieben und informierten gründlich über die rechtlichen Bestimmungen. Die Redaktion erhielt täglich 50 bis 100 Anfragen der Leser. Die Antworten wurden von anerkannten Arbeitsrechtlern in der Redaktion verfaßt. Diese Dienstleistung für die Leser blieb auch nach der Wende die Stärke der Zeitung, doch sie hatte Konkurrenz bekommen. Die Medien brachten allesamt starke Ratgeberteile. Die Besonderheit, welche die „Tribüne“ zu DDR-Zeiten gehabt hatte, der Vertrieb über die Gewerkschaften in den Betrieben, hatte sich erledigt, so daß auch die beste arbeitsrechtliche Information das tödliche Schrumpfen der Auflage nicht hätte verhindern können.

Der kritische Ton der „Tribüne“ paßte im Ganzen gesehen ins Konzept der SED-Führung. Sie konnte sich zweifelnden Gästen aus dem Ausland stellen mit dem Hinweis: „Seht, was wir für eine kämpferische Gewerkschaft haben! Die Gewerkschaftszeitung spießt unerschrocken Probleme auf!“ Das ändert nichts an der großen Selbsttäuschung und Täuschung, die diese Führung mit ihren Medien inszenierte. Daran hat auch die Gewerkschaftszeitung mitgewirkt. Sie brachte die seitenlangen, reich bebilderten Berichte über die „Auftritte“ von Honecker oder Tisch. Sie veröffentlichte ohne größeren Widerstand die monatlichen Mitteilungen Mittags über die Planerfüllung, die nachweislich vorn und hinten nicht stimmten. Ganz im Sinne des Auftrags, kollektiver Organisator zu sein, rückte sie die ellenlangen Wettbewerbsaufrufe von Betriebskollektiven ein, die in Wahrheit in Berlin entstanden waren und irrealer Ziele steckten. Hört man jetzt Äußerungen von Honecker, ist man erschrocken über die Tatsache, daß er als Produzent dieser Täuschungen offenbar seit langer Zeit auch ihr Opfer war und ist.

Die Redakteure der Zeitung verstanden sich sowohl als Journalisten als auch als Gewerkschaftsfunktionäre. Sie ordneten sich der Disziplin unter, die von der Organisation im Auftrag der SED-Führung erzwungen wurde. Sie spürten die Widersprüche zwischen dem sozialistischen Anspruch und der stalinistischen Praxis. Die Schizophrenie zu bekämpfen, waren auch sie nicht imstande. Sie hofften auf eine bessere DDR und wünschten sich Veränderungen in dieser Richtung. Sonst wäre der rasche Kurswechsel in Inhalt und Stil der Zeitung nicht zu erklären, der mit dem 10. Oktober 1989 einsetzte. Bis zur Einsicht in das totale Fiasko des bisherigen Weges war es jedoch noch weit.